

Antrag

der Abgeordneten Ralph Lenkert, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Christian Görke, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Caren Lay, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Victor Perli, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Gas- und Strompreisdeckel einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat infolge der wirtschaftlichen Sanktionen erhebliche Auswirkungen auf den Weltmarkt bei Erdgas und die europäische Stromproduktion. Um die Gasversorgung zu sichern, mussten verschiedene Vorkehrungen getroffen werden, die sich auf das physische Vorhandensein von Erdgas, der Sicherung der Stromversorgung und die Sicherung systemrelevanter Unternehmen richteten. Zur Versorgungssicherheit gehört aber auch, dass Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie kleinen und mittleren Unternehmen eine Perspektive an die Hand gegeben wird, mit der sie physisch vorhandenes Gas und erzeugten Strom auch nutzen können, ohne in Existenznot zu geraten. Das Vorhandensein von Erdgas und Strom allein reicht nicht aus, wenn es nicht mehr finanzierbar ist. Aufgrund der Liberalisierung der Energiemärkte in Europa sehen wir uns nunmehr an einem Punkt wieder, an dem die Energiepreise dermaßen angestiegen sind und weiter steigen werden, dass der freie Markt die Versorgung nur noch an diejenigen Menschen und Unternehmen garantieren kann, die in der Lage sind, die aufgerufenen Preise zu zahlen. An diesem Punkt sind staatliche Eingriffe in den Markt geboten und unvermeidbar geworden, da andernfalls die Daseinsvorsorge der Energieverfügbarkeit nicht länger gewährleistet ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Obergrenze für Endpreise von Erdgas und Strom bei privaten Haushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen vorsieht und eine entsprechende Kompensation über den Bundeshaushalt regelt.

Berlin, den 20. September 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

